Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 135 (1969)

Heft: 8

Artikel: Der militärisch-industrielle Komplex in den USA

Autor: Adam, Robert

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-45252

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

die Pferde. Der Aufwand für die Dienststellen des Generalquartiermeisterstabes war demnach hoch.

Für den Chef des Generalquartiermeisterstabes wurden genaue Dienstanweisungen im Sinne von Lehrbüchern ausgegeben. So zum Beispiel «Auswahl eines Lagers», «Disposition eines Angriffs», «Marsch einer Armee» und andere. Der Generalquartiermeister soll nebst der Disposition des Lagers unter anderem auch bei Standorten der Batterien und sogar bei Attacken mitbestimmen. In der Tat, «ein sehr schwieriges Amt» – wie es im Text heißt.

Ingenieure wurden für die technische Oberleitung bei Festungsbauten, bei der Planung, bei Projekten zugezogen und mit entsprechendem militärischem Rang versehen (zum Beispiel Ingenieur-Hauptmann). Wie erwähnt, war dieser Punkt des Reglements bereits von Prinz Eugen eingeleitet, dann aber bis zum neuen Reglement wieder außer acht gelassen worden.

Nicht uninteressant ist auch ein Blick auf die Bezüge der oberen militärischen Ränge. Der Feldmarschall bekam 12 000 Gulden Gage und ebenfalls 12 000 Gulden «Tafelgelder» pro Jahr.

Der nächsthöhere Feldzeugmeister oder General der Kavallerie hatte Bezüge von 9000 Gulden pro Jahr und 10 000 Gulden «Tafelgelder».

Der Feldmarschalleutnant bezog 7500 Gulden Gage plus 8000 Gulden «Tafelgelder» (als Korpskommandant).

Für den Generalmajor gab es 6000 Gulden Gage und 6000 Gulden «Tafelgelder» jährlich.

Der Generaladjutant im Oberstenrang erhielt jährlich immerhin noch 2019 Gulden, und sie alle bekamen, wie schon erwähnt, für ihre Diener, Pferde usw. Naturalzugaben.

Für den Flügeladjutanten, der dem kommandierenden General zugeteilt war und der jeweils 24 Stunden Bereitschaftsdienst «mit gesatteltem Pferd» hatte, waren 1267 Gulden Gage und der Naturalbezug bestimmt.

Den gewöhnlichen Adjutanten der höheren Offiziere standen pro Jahr 240 Gulden an Gage zu, vermehrt um ihren Bezug vom Regiment, dem sie entstammten.

Die historische Entwicklung, auf der das Generalsreglement von 1769 zum Teil noch fußte, geht weit zurück; die nachfolgenden Bestimmungen mußten naturgemäß je nach den Gegebenheiten oft bedeutende Abänderungen oder Ergänzungen mit sich bringen. So zum Beispiel ergab der Ausbau des Schienennetzes vor rund einem Jahrhundert selbstredend ganz neue Aspekte, und der Aufbau beziehungsweise Ausbau der Maschinen- und Rüstungsindustrie sowie insbesondere die mehr und mehr «technische» Kriegführung der moderneren Zeit unter dem Gesichtspunkt von Kraft- und Luftfahrzeugen stellte den Generalstab überall vor völlig neue Aufgaben.

Als ein Beispiel für die notwendigen Veränderungen sei der Aufbau einer Infanteriedivision im relativ sehr kurzen Zeitraum von 30 Jahren der Beachtung empfohlen (siehe Tabelle).

Doch das Generalsreglement von 1769 blieb damals und für lange Zeit ein wichtiger Meilenstein. Der Name der Regentin Maria Theresia, der auch in der Bezeichnung der von ihr 1752 gegründeten Militärakademie zu Wiener Neustadt fortlebt, muß in diesem Zusammenhang mit Ehren genannt sein.

Die (österreichische) Infanteriedivision im Zeitraum 1915 bis 1945

k. u. k. Armee von 1915	Republik Österreich 1935	Deutsche Wehrmacht 1940
14 Infanteriebataillone (à 1000 Mann) 2 Eskadronen Reiterei 1 Feldkanonenregiment (30 Geschütze) 1 Feldhaubitzendivision (12 Geschütze) 1 Telephonabteilung und Versorgungsdienste, Kriegsbestand rund 20 000 Mann, 300 Reiter, 28 schwere Maschinengewehre 42 Geschütze (Feldartillerie) bis etwa 1000 Fuhrwerke Nach dem «Österreichischen Kriegstaschenbuch» 1915, II. Auflage.	3 Infanterieregimenter 1 leichtes Artillerieregiment, motorisiert 1 Divisionsaufklärungsabteilung 1 Luftschutzabteilung 1 Pionierbataillon 1 Divisionstelegraphenabteilung und Versorgungsdienste, Bestand rund 12 000 Mann Nach Wittas, «Unser Heer und seine Waffen», 1936.	3 Infanterieregimenter 1 Artillerieregiment (54 Geschütze) 1 Aufklärerabteilung 1 Beobachterabteilung 1 Panzerabwehrabteilung 1 Pionierbataillon 1 Nachrichtenabteilung 1 Sanitätsabteilung und sonstige Versorgungsdienste, Stand rund 8000 Mann Nach Reibert, «Dienstunterricht», 1940.

Der militärisch-industrielle Komplex in den USA

Von Dr. Robert Adam, Senatspräsident a. D., München

In seiner Abschiedsadresse vom 17. Januar 1961 gab Präsident *Eisenhower* seinen Sorgen über den «militärisch-industriellen Komplex» mit folgenden Worten Ausdruck:

«Diese Verbindung eines unermeßlich großen militärischen Establishment[1] und einer gewaltigen Rüstungsindustrie ist neu in der Erfahrung der USA. Ihr umfassender Einfluß – wirtschaftlich, politisch, sogar geistig – wird in jeder Stadt, jedem Gliedstaat, jedem Amt der Bundesregierung gefühlt. Wir anerkennen die gebieterische Notwendigkeit für diese Entwicklung, aber wir dürfen nicht versäumen, die schwerwiegende Tragweite einzusehen. Unsere Bemühen, unsere Mittel, unsere Lebenshaltung sind davon betroffen; das gleiche gilt für die Struktur der Volksgemeinschaft.

Bei allen Beratungen der Regierung müssen wir gegen den Gewinn eines unverantwortlichen Einflusses, gesucht oder ungesucht, durch den militärisch-industriellen Komplex auf der Hut sein. Die mögliche Gefahr eines verderblichen Ansteigens einer übel angebrachten (misplaced) Macht besteht und wird anhalten. Wir dürfen niemals das Gewicht dieser Verbindung unsere Freiheiten oder demokratischen Fortschritte in Gefahr bringen lassen. Wir dürfen nichts für selbstverständlich annehmen. Nur eine wachsame und verständnisvolle Bürgerschaft kann die richtige Mischung eines großen industriellen und militärischen Verteidi-

[1] Das Wort hat sich auch in Westeuropa eingebürgert, so daß eine Übersetzung, für die nicht leicht das passende Wort zu finden ist, entbehrlich erscheint.

gungsmechanismus mit unseren friedvollen Methoden und Zielen erzwingen, so daß Sicherheit und Freiheit zusammen bestehen können.»

Diese Worte über die gefährliche Wechselbeziehung zwischen Militär und Rüstungsindustrie aus dem Munde des Mannes, der die Alliierten im zweiten Weltkrieg zum Endsieg geführt hat, haben damals Sensation erregt. Die Ausweitung des Krieges in Vietnam, die steigende Gegnerschaft gegen diesen Krieg, die wachsenden Ausgaben für nationale Verteidigung haben in jüngster Zeit der Warnung *Eisenhowers* neue Aktualität verliehen. Die Erhöhung der Einkommens- und Körperschaftssteuer um 10%, die der Kongreß nach einer sich nahezu ein Jahr hinziehenden Debatte im Juli 1968 unter der Bedingung bewilligt hat, daß von den im Haushaltvoranschlag für das Rechnungsjahr 1970 (1. Juli 1969 bis 30. Juni 1970) vorgesehenen 186,1 Milliarden Dollar Ausgaben 6 Milliarden abgestrichen werden, läßt viele Steuerpflichtige den Vorwurf erheben, daß diese gewaltigen Summen zweckvoller für soziale Nöte, bessere Erziehung, Sanierung der Gettos der Großstädte usf. ausgegeben werden sollten, daß das Defense Department der Industrie für Rüstung und Forschungszwecke häufig einen Blankoscheck ausstelle, daß in Wirklichkeit der militärisch-industrielle Komplex das Land regiere.

Was sind die Tatsachen? Die amerikanische Wochenzeitschrift «US News and World Report», Dayton, Ohio, hat in der Ausgabe vom 21. April 1969, S. 60, auf Grund des Haushalts des am 30. Juni 1969 zu Ende gehenden Rechnungsjahrs 1969, des Voranschlags für das Rechnungsjahr 1970 und von Angaben des Defense Department ein umfangreiches Zahlenmaterial veröffentlicht, das im Hinblick auf die engen militärischen Bande, die Westeuropa an die USA knüpfen, von weitem Interesse auch außerhalb der USA ist.

Die nationale Verteidigung einschließlich der Kriegskosten ist der erste Posten im Haushalt der USA. Für das laufende Rechnungsjahr schätzt man die Ausgaben auf 78 Milliarden Dollar bei einem Gesamthaushalt (nach der Kürzung um 6 Milliarden) von 180,1 Milliarden. Von jedem Dollar, den der Bund ausgibt, gehen 42 Cents an die nationale Verteidigung. Man vergleiche damit den Wert der neuerrichteten Privatbauten mit 22,4 Milliarden und die gewaltige Auto- und Lastwagenproduktion mit 23,5 Milliarden. Die Vergebungen des Verteidigungsdepartments an die Rüstungsindustrie und für Forschung haben sich nach einer Aufstellung dieses Departments seit 1960 wie folgt entwickelt:

Rechnungsjahr	Ausgaben an die Rüstungsindustrie und für Forschung (in Milliarden Dollar)
1960	22,5
1961	24,3
1962	27,8
1963	28,1
1964	27,5
1965	26,6
1966	35,7
1967	41,8
1968	41,2
1969 (geschätzt)	42,3

Selbst wenn man, wie billig, die Inflationsquote zwischen 1960 und 1969 mit etwa 18% in Anschlag bringt, bleibt eine gewaltige Zunahme. Aber bei näherer Betrachtung zeigen sich *gewisse Modifikationen:*

1. Die 78 Milliarden sind 8,8% des Sozialprodukts, in den USA Nationalprodukt genannt, der Summe von Gütern und Diensten, die die Nation in einem Jahr hervorbringt. Im Rechnungsjahr 1960, in dem der Krieg in Vietnam noch keine Rolle spielte, waren die Ausgaben 43 Milliarden und stellten 8,7% des damaligen Nationalprodukts von 503,7 Milliarden dar. Von jedem Dollar gingen 47 Cents, also etwas mehr als 1969, für die nationale Verteidigung. Dieser Vergleich zeigt das gewaltige Ansteigen der wirtschaftlichen Macht der USA. Trotz dem Kriege, der im Rechnungsjahr 1969 29 Milliarden verschlingen wird, ist der Anteil der nationalen Verteidigung am Nationalprodukt sogar etwas gefallen. Andere Ausgaben der Bundesregierung, insbesondere im sozialen Sektor, sind bedeutend höher gestiegen.

2. Zieht man die Kriegskosten von 29 Milliarden von den 78 Milliarden der gesamten militärischen Ausgaben ab, so verbleiben 49 Milliarden für alle andern Bedürfnisse der bewaffneten Macht. Berücksichtigt man die Erhöhung aller Ausgaben durch die Inflation, so hat die nationale Verteidigung im Jahre 1969 weniger Kaufkraft zur Verfügung als 9 Jahre früher, obwohl neue kostspielige Waffensysteme inzwischen eingeführt worden sind.

3. Im Dienst des Militärs und der Rüstungsindustrie stehen 8,5 Millionen, davon in der bewaffneten Macht 3,4, im Zivildienst des Verteidigungsdepartments 1,3, in der Rüstungsindustrie 3,8. Von je neun Beschäftigten ist einer im Bereich der nationalen Verteidigung tätig.

Wie steht es mit dem *wachsenden Einfluß der Rüstungsindustrie auf das nationale Leben?* Für das Rechnungsjahr 1968 liegt eine Aufstellung des Verteidigungdepartments vor, wonach *fünfundzwanzig große Gesellschaften* 17,7 Milliarden Dollar, etwas mehr als 45%, an Rüstungsaufträgen erhalten haben. Einige weltbekannte Firmen seien erwähnt:

Name der Firma	Aufträge in Millionen Dollar
General Dynamics Corporation	2239
Lockhead Aircraft Corporation	1870
General Electric Company	1489
United Aircraft Corporation	1321
American Telephone and Telegraph Company	776
Boeing Company	762
General Motors Corporation	630
Ford Motor Company	381
Standard Oil Company	274

Die Firmen, die von den Riesenkonzernen Aufträge oder auch direkte Aufträge von der Regierung erhalten, werden auf etwa 100 000 geschätzt. Viele Gemeinden sind auf die Aufträge an in ihrem Bezirk liegende Rüstungsfirmen so sehr angewiesen, daß ihre Kongreßmitglieder eiligst ins Pentagon kommen, wenn ein Rüstungsauftrag zurückgezogen oder nicht mehr erneuert wird. Es liegt in der Wirtschaftsstruktur des Landes, daß etwa 60% der Rüstungsausgaben an Firmen in folgenden zehn Industriestaaten gehen: Kalifornien, Texas, New York, Connecticut, Pennsylvanien, Ohio, Virginia, Massachusetts, Georgia und Missouri.

Bemängelt wird, daß manche Vergebungen *ohne Wettbewerb* an eine einzelne Firma erfolgen. Das mag zum Teil darauf zurückzuführen sein, daß man etwa bei Einführung neuer Waffensysteme auf bewährte Firmen zurückgreift, weil man sich Experimente mit neuen Firmen nicht erlauben kann. Scharf kritisiert wird, daß manche Vergebungen nachträglich viel kostspieliger werden, als bei der Ausschreibung angenommen wurde. Das liegt mitunter darin begründet, daß die Industrie bei technischen Neuerungen nicht immer imstande ist, von vornherein eine genaue Kalkulation aufzustellen. Dazu kommt, daß im Laufe

einer Entwicklung Abänderungswünsche des Verteidigungsdepartments nicht selten sind. Manche Großfirmen werden von der Regierung nur widerwillig zur Annahme von Aufträgen veranlaßt, da die Gewinnchancen im privaten Sektor oft günstiger sind und mit Regierungsaufträgen bürokratische Erschwerungen fast naturnotwendig verbunden sind.

Am meisten wird in der Öffentlichkeit und im Kongreß beanstandet, daß *viele Offiziere* nach dem Ausscheiden aus dem aktiven Dienst *in die Rüstungsindustrie übertreten* und hier ihre Beziehungen zu Kameraden, die im aktiven Dienst stehen, ausnützen, um ihrer Firma Aufträge zuzubringen. Solche Interessenkonflikte sucht eine Verfügung des Verteidigungsdepartments zu vermeiden, kraft deren ein ehemaliger Angehöriger der bewaffneten Macht seine Pensionsansprüche verliert, wenn er bei einer Rüstungsfirma eine Stelle bekleidet, die Verkauf von Rüstungsgut an den Bund betätigt. Die Rüstungsindustrie hat hierauf ein wachsames Auge, weil das Vertrauen der Regierung und der Öffentlichkeit ein zu kostbares Gut ist, als daß es im Interesse eines Angestellten verloren gehen dürfte. Ausnahmen bestätigen die Regel. Die General Dynamics Corporation, die in der vorstehenden Tabelle an erster Stelle steht, beschäftigt hundertdreizehn Offiziere im Ruhestand, die nur ein Zehntel eines Prozents ihrer Belegschaft ausmachen.

Von etwaigen Plänen, *einen Teil der Rüstungsausstattung in die Hände der Regierung zu legen,* hört man selten. Die Einstellung der Amerikaner war von jeher, daß sich die öffentliche Hand im wirtschaftlichen Sektor so wenig als möglich betätigen soll. Erfahrungen gerade in der Rüstungsindustrie bestätigen die Richtigkeit dieser Haltung. Nach dem Revolutionskrieg mit England (1775 bis 1781) hat man Bundesarsenale und Bundeswerften errichtet. Bald stellte sich heraus, daß sie ihren Aufgaben nur unzulänglich gerecht wurden. Trotzdem haben Arsenale, die die Wehrmacht selbst betrieb, noch während des zweiten Weltkriegs in geringem Ausmaß bestanden. Eine *bittere Lektion* brachte der *Koreakrieg.* Abstriche am Haushaltposten der nationalen Verteidigung in den vorhergehenden Jahren hatten Vergebungen an die Rüstungsindustrie so sehr beschnitten, daß sich viele Firmen dem Privatsektor zuwendeten. Als sich der Krieg ausweitete, waren die bestehenden Rüstungsfirmen nicht in der Lage, die steigenden Anforderungen zu erfüllen. Die Produktion für private Zwecke mußte eingeschränkt werden, der Bund mußte mehrere Milliarden Dollar aufwenden, um schnell neue Produktionsstätten für die Erfordernisse des Krieges zu schaffen. Man zog daraus die Lehre, die Rüstungsaufträge so weit als irgend möglich zu verteilen. Das macht sich im Vietnamkrieg bezahlt, indem die Produktion von ähnlichen Rückschlägen verschont blieb.

Im *Senat* hat man sich am 14. April 1969 über diese Probleme unterhalten. Senator *Goldwater,* der als republikanischer Präsidentschaftskandidat im Jahre 1964 gegen *Johnson* unterlegen war, hat sich als starker Befürworter des gegenwärtigen Systems der Rüstungsaufträge gezeigt. Anstatt die Existenz eines militärisch-industriellen Komplexes zu bedauern und ihn zu bekämpfen, sollte man froh sein, ihn zu haben; denn ohne ihn würde bei der unsicheren Weltlage die Vormachtstellung der USA auf dem militärischen Sektor bald verlorengehen, insbesondere wenn die Regierung selbst die Rüstung übernehmen würde. Die Gedanken Eisenhowers müsse man ausweiten. Da im Rechnungsjahr 1969 nicht weniger als 7,5 Milliarden für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben im militärischen Sektor aufgewendet werden, liege ein wissenschaftlich-militärisch-industrieller Komplex vor. Da von den 7,5 Milliarden ein beträchtlicher Teil an Universitäten für Forschungszwecke im Bereich der nationalen Verteidigung gegangen sei, müsse man von einem erzieherisch-wissenschaftlich-militärisch-industriellen Komplex reden. Und weil schließlich die Ausgaben für die nationale Verteidigung einen gewaltigen Einfluß auf die Wirtschaft haben, sei die umfassende Bezeichnung wirtschaftlich-erzieherisch-wissenschaftlich-militärisch-industrieller Komplex.

Wenn Senator *Proxmire,* der Hauptgegner *Goldwaters,* von dem unheilvollen Einfluß ehemaliger Offiziere gesprochen habe, vor allem davon, daß in den letzten 10 Jahren sich die Zahl ehemaliger Generäle und höherer Offiziere aller Waffengattungen in der Rüstungsindustrie um das Dreifache erhöht habe, so solle, so argumentierte *Goldwater,* jeder Fall eines Mißbrauchs dem Senat bekanntgegeben werden, der in der Untersuchung eines Zweifel aufwerfenden Milliardenkontrakts unter der Verwaltung *McNamaras* bewiesen habe, daß er solche Dinge keineswegs unter den Teppich kehren will. Die Lösung, die Probleme durch bedeutsame Einschränkung aller Rüstungsausgaben auf die einfachste Weise zu lösen, hat im Senat niemand vorgeschlagen. Bei der unsicheren Weltlage wäre sie der breite Pfad ins Verderben.

Das anglo-französische Kampfflugzeug «Jaguar»

1. Allgemeines

Die Flugerprobung des «Jaguar» schreitet rasch voran und läuft programmgemäß ab. Es handelt sich bei diesem Typ um eine englisch-französische Gemeinschaftsproduktion, an welcher die Firmen Breguet und British Aircraft Corporation beteiligt sind. Der «Jaguar» ist in erster Linie für die Unterstützung der Erdtruppe vorgesehen, soll aber dank seinen Leistungen auch für den Luftkampf (Raum- und Begleitschutz) tauglich sein. Die zweisitzige Version sieht zudem die Verwendung als Hochleistungstrainer vor.

Das Konzept des Flugzeuges wurde 1965 nach folgenden Gesichtspunkten festgelegt:

- kurze Start- und Landelängen (ab behelfsmäßigen Pisten),
- große Reichweite mit voller Waffenzuladung,
- hohe Festigkeit und Robustheit,
- einfacher Unterhalt und kurze Wartezeiten,
- begrenzte Dimensionen und Einfachheit.

Von der Armée de l'air und von der Royal Air Force wurden je 200 Einheiten in Auftrag gegeben. Die Serienproduktion von Einzelteilen ist bereits angelaufen. Die französische Luftwaffe erwartet die ersten Flugzeuge 1971, die englische 1972. Die Lieferung soll 1974/75 beendet sein. Der «Jaguar» figuriert auch auf der Liste der Vorevaluation für das neue schweizerische Kampfflugzeug.

2. Stand der Erprobung

Das Erprobungsprogramm erstreckt sich über folgende acht Prototypen:

Nr. 01 bis 05, französische Luftwaffe:
- 01, 02 (E): Trainer (zweisitzig)